

Europa handelt – Deutschland schaut zu

Wie lange will die Bundesregierung ihre Landwirte noch im Regen stehen lassen?

Es ist ein politisches Armutszeugnis.

Während Frankreich, Polen und Italien längst zusätzliche Millionen mobilisieren, um ihre Landwirtschaft vor den Folgen explodierender Betriebskosten zu schützen, bleibt die Bundesregierung bei gezielten Soforthilfen weit hinter unseren europäischen Nachbarn zurück.

Drei Länder. Drei klare Entscheidungen. Und Deutschland?

Hier verkauft man den Landwirten die Wiedereinführung einer zuvor gestrichenen Steuerentlastung als großen politischen Erfolg, während unsere europäischen Wettbewerber längst zusätzliche Krisenhilfen erhalten.

Verstehen wir uns nicht falsch: Die Rückkehr der vollen Agrardieselvergütung war richtig, notwendig und längst überfällig.

Aber eine zurückgenommene Kürzung ist noch lange keine Antwort auf eine neue Kostenkrise.

Während Deutschland diskutiert, schaffen andere Länder Fakten

Frankreich: Ab November gewährt TotalEnergies einen zusätzlichen Agrardieselrabatt von 20 Cent je Liter. Zusammen mit der befristeten staatlichen Unterstützung von 15 Cent sind bei entsprechenden Lieferungen rechnerisch bis zu 35 Cent je Liter Entlastung möglich.

Polen: Die Agrardieselunterstützung wurde aufgestockt. Reguläre Steuererstattung und zusätzliche Beihilfe summieren sich für förderfähige Mengen auf umgerechnet rund 46 Cent je Liter. Zusätzlich werden die Landwirte bei den Düngemittelkosten unterstützt.

Italien: Die Regierung hat weitere 60 Millionen Euro für Agrardieselhilfen beschlossen. Landwirte können für förderfähige Kraftstoffkäufe Zuschüsse von bis zu 45 Cent je Liter erhalten, begrenzt auf 20 Prozent der Kosten. Zusätzlich bietet der Energiekonzern Eni bestimmten Agrarkraftstoffkunden einen befristeten Preisnachlass von 20 Prozent.

Und als wäre das nicht schon genug: Auch die Kraftstoffpreise unterscheiden sich erheblich

Besonders brisant wird der europäische Vergleich, wenn man neben den zusätzlichen Hilfsmaßnahmen auch die unterschiedlichen Dieselpreise betrachtet.

Während Diesel in Deutschland am 19. Oktober durchschnittlich 2,27 Euro je Liter kostete, waren es in Polen gerade einmal 1,79 Euro. Ein Unterschied von fast 48 Cent je Liter.

Und ausgerechnet dort erhalten Landwirte zusätzlich eine aufgestockte Agrardieselunterstützung!

Zwar sind allgemeine Dieselpreise und die jeweiligen steuerbegünstigten Agrardieselpreise nicht unmittelbar vergleichbar. Doch eines wird deutlich:

Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen innerhalb Europas unterscheiden sich erheblich – und zusätzliche nationale Hilfsprogramme können diese Unterschiede noch weiter verschärfen.

26. OKTOBER 2026



WWW.LANDWIRTSCHAFTVERBINDET.BAYERN

LANDWIRTSCHAFT VERBINDET BAYERN E.V.

Gleicher europäischer Binnenmarkt, aber immer ungleichere Wettbewerbsbedingungen. Wie lange soll die deutsche Landwirtschaft das noch hinnehmen?

Und Deutschland?

Die volle Agrardieselmrückvergütung von 21,48 Cent je Liter wurde zwar wieder eingeführt, wird für das Verbrauchsjahr 2026 aber regulär erst 2027 ausbezahlt.

Unsere Betriebe müssen ihre Rechnungen aber heute bezahlen – nicht erst im nächsten Jahr.

Während andere Länder gezielt die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Landwirtschaft schützen, verweist die Bundesregierung auf Haushaltszwänge und bestehende Maßnahmen.

Dabei produzieren wir auf demselben europäischen Binnenmarkt, konkurrieren um dieselben Absatzmärkte und müssen unsere Produkte unter völlig unterschiedlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erzeugen.

Das ist kein fairer europäischer Wettbewerb. Das ist eine politisch verursachte Wettbewerbsverzerrung zulasten unserer heimischen Landwirtschaft!

Wer von deutschen Landwirten höchste Standards, Versorgungssicherheit und eine nachhaltige Lebensmittelproduktion erwartet, muss auch dafür sorgen, dass diese Betriebe wirtschaftlich überleben können.

LsV Bayern e.V. fordert deshalb von der Bundesregierung:

1. Sofortige zusätzliche Entlastung beim Agrardiesel

Eine gezielte, spürbare Krisenhilfe für land- und forstwirtschaftliche Betriebe, die über die reguläre Agrardieselmrückvergütung hinausgeht.

2. Schnelle und unbürokratische Auszahlung

Hilfen müssen dann bei den Betrieben ankommen, wenn die Kosten entstehen – und nicht erst Monate später, wenn die Liquidität längst aufgebraucht ist.

3. Wirksame Unterstützung bei Düngemittel- und Energiekosten

Andere EU-Mitgliedstaaten zeigen, dass entsprechende Hilfsprogramme möglich sind. Auch Deutschland muss seine Betriebe bei den massiv gestiegenen Produktionskosten gezielt unterstützen.

4. Faire Wettbewerbsbedingungen innerhalb Europas

Es darf nicht sein, dass deutsche Landwirte durch politische Untätigkeit gegenüber ihren europäischen Wettbewerbern immer weiter ins Hintertreffen geraten.

Schluss mit Ankündigungen – jetzt müssen Taten folgen

Die Wiedereinführung der Agrardieselmrückvergütung darf nicht als Ausrede dafür dienen, notwendige zusätzliche Krisenmaßnahmen auf die lange Bank zu schieben.

Eine zurückgenommene Kürzung ist keine neue Entlastung.

Frankreich handelt. Polen handelt. Italien handelt.

26. OKTOBER 2026

LANDWIRTSCHAFT VERBINDET BAYERN E.V.



WWW.LANDWIRTSCHAFTVERBINDET.BAYERN

Wie lange soll dieses politische Trauerspiel in Deutschland eigentlich noch weitergehen?

Wir erwarten von der Bundesregierung keine weiteren Erklärungen, warum etwas angeblich nicht möglich ist.

Wir erwarten endlich konkrete Entscheidungen, die unsere landwirtschaftlichen Betriebe jetzt entlasten.

Denn wer die heimische Landwirtschaft im europäischen Wettbewerb alleinlässt, gefährdet nicht nur bäuerliche Existenzen, sondern langfristig auch die Zukunft unserer regionalen Lebensmittelproduktion.

Unsere europäischen Nachbarn machen es vor. Jetzt ist Deutschland am Zug.

Mit entschlossenen Grüßen



Tizian Klein



Michael Muhr



Markus Thorwarth



Hermann Dorfner

LANDWIRTSCHAFT
VERBINDET BAYERN E.V. LSV

